

Bezugspreis: Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Konvaleszenz ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 9. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Ministerpräsident Stegerwald.

Die Sitzung des Preussischen Landtags begann heute bei vollem ...

Darauf erfolgt die endgültige Wahl des Präsidiums, die ...

Wahl des Ministerpräsidenten.

Hieran schließt sich die Wahl des Ministerpräsidenten. ...

Es wurden abgegeben 388 Stimmen, davon 332 Stimmen ...

Die Sitzung dauert fort.

Der preussische Landtag hatte durch den Beschluß, die ...

Die Weigerung des Zentrums und der Demokraten, die ...

In diese Situation mußte eine Persönlichkeit die besten ...

Es liegt gewiß nicht in Stegerwalds Absicht, ein Regime ...

Kabinetts Stegerwald. Der neu gewählte Ministerpräsident ...

Das Wahlergebnis läßt erkennen, daß sämtliche Parteien ...

Die Stimmabgabe der Sozialdemokraten für Stegerwald ...

Die Parteien der Rechten stimmten für Stegerwald, weil ...

Herr Stegerwald wird also nicht geringe Schwierigkeiten ...

In letzter Stunde verkundet, daß Stegerwalds Hoffnungen ...

Wie die „N. N.“ hören, wird man Herrn Stegerwald, der ...

Stegerwalds Laufbahn.

Adam Stegerwald ist am 14. Dezember 1874 als Kind ...

gründete mit Schirmer den Verein „Arbeiterklub“, aus dem die ...

England in Spannung.

Aus dem Umstand, daß der Arbeiter-Dreibund eine Frist ...

Frankreich zur Konferenzfrage.

Die Washingtoner Konferenz.

Paris, 9. April. (E. E.) Das „Journal“ hat in offiziellen ...

Europas Katastrophe.

London, 8. April. (M. B.) Der Pariser Berichterstatter der ...

## Wiederaufbau und Internationale.

Erklärungen der Internationale 2 1/2.

Die Freiheit veröffentlicht in ihrer heutigen Morgenausgabe die gemeinsamen Erklärungen der Delegierten der „Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“, die auf der Amsterdamer Konferenz der sogenannten Internationale 2 1/2 beschlossen worden sind. Diese Erklärungen stimmen in Sinn und Geist mit den bekannten Beschlüssen der Zweiten Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes in so weitgehendem Maße überein, daß man nach ihrer Kenntnisnahme erst recht nicht einsehen kann, warum die „Zweihälften“ das Zustandekommen eines gemeinsamen Beschlusses verhindert haben. Vorgeschlagen wird die Schaffung eines Internationalen Wiederaufbauamtes aus amtlichen Vertretern der Arbeiterorganisationen und der Techniker, neben dem ein nationales Wiederaufbauamt Frankreichs nach den Vorschlägen des CGT. errichtet werden soll. Weiter die Teilnahme Deutschlands am Wiederaufbau heißt es:

Deutschland könnte mit seinen Arbeitern und Materialen in den noch näher zu bestimmenden Abschnitten die Wiederherstellung von Straßen, Kanälen, Dämmen übernehmen, auf Grund der Pläne, die in Uebereinstimmung mit den Gemeindevorstellungen der verwalteten Gegenden und mit den französischen Technikern und Arbeitern entworfen sind. Die Konferenz würde in diesem Fall der französischen und der deutschen Regierung vorschlagen, daß die herangezogenen deutschen Arbeiter in selbstüberwachtenden Aufbaugemeinschaften organisiert würden unter Berücksichtigung der Richtlinien, die die Bauarbeiterverbände als maßgebend für die Arbeitsbedingungen festgelegt haben.

Für diese Wiederaufbauarbeit würde gemäß den ermittelten Bedürfnissen das Internationale Wiederaufbauamt auf dem Weltmarkt Anleihen emittieren, die in erster Reihe durch die Garantie der interessierten Staaten, dann auch durch die Garantie der dem Völkerbund angehörenden Staaten gedeckt würden. Die deutsche Regierung würde sich zur Zahlung der Zinsen verpflichten.

Diese Anleihen würden auf ein wenig beträchtliches Maß reduziert werden können, wenn Deutschland zum großen Teil mit seinen eigenen Mitteln die Finanzierung des von ihm in natura ausgeführten Wiederaufbaues übernehmen würde. Aber im Interesse seiner Volkswirtschaft und weil seine Bemühungen um den Wiederaufbau der verarmtesten Länder seine Ausfuhrmöglichkeiten verringern und es der ausländischen Devisen berauben würde, deren es für seine Einfuhr bedarf, könnte es von diesen internationalen Anleihen einen Teil vorweg überwiesen erhalten, um damit seine Volkswirtschaft zu heben und seine Finanzlage überhaupt zu bessern.

Die Anleihen soll vor allem bezahlt und amortisiert werden durch die den Kapitalisten gehörenden mobilen Werte, die sich infolge der Kapitalflucht bei neutralen Banken befinden; dann durch die Einkünfte, die sich aus der Liquidation des deutschen Eigentums ergeben, das sich zurzeit beim amerikanischen Schatzamt im Depot befindet; dann durch die Erhebung eines bestimmten Prozentsatzes von den Dividenden der industriellen sowie der Bergwerks-, Bank-, Handels- und Versicherungs- u. a. Gesellschaften usw., die durch den deutschen Staat effektiviert und der Kasse des Internationalen Wiederaufbauamtes zugeführt würden. Um die Zahlung der Jahreszinsen und die Erhebung der Abgaben von den kapitalistischen Unternehmungen sowie die Hebung des Wirtschaftslebens zu erleichtern, sollen wirtschaftliche Reformen getroffen werden zur besseren Ausnutzung der Hilfsquellen der Länder (Eisen, Kohle, Transporte usw.).

Ueber die Pensionen wird gesagt, daß eine Lösung zu suchen ist, die gleichzeitig die Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen und seine Zahlungsfähigkeit in Betracht zieht, unter Berücksichtigung einer Internationalisierung mit der Bereitstellung internationaler Hilfsmittel, wobei die Grundzüge der Gerechtigkeit und der besonderen Pflichten einer jeden Nation ebenso in Betracht zu ziehen sind, wie ihre Kriegsschäden und ihre Einkünfte.

## Erziehung.

Ich sah in der Elektrischen einen streng blickenden Herrn sitzen, einen Herrn mit weichem Vollbart und goldener Brille, der seinem Nachbarn mancherlei über die Erziehung erklärte. „Was vermögen wir Väter?“ sagte er. „Unser Einfluß auf die Kinder erstreckt sich auf wenige Stunden im Tag. Das Elternhaus ist es, das die Kinder erzieht. Schlechte Umgangsformen zu Hause, ewiger Streit zwischen den Eheleuten, Haß und Streik und Gemeinheiten, die die Kinder der kleinen Leute zu Hause sehen, erschweren uns die Erziehung ungemein.“ Dies und noch viel anderes Behrliches erklärte der alte Herr in der Elektrischen.

Ich sah in derselben Elektrischen zwei elegante Damen. Nicht prunkhaft und parvenuhaft gekleidet. O nein, sie hatten einen erlesenen Geschmack. Das Polyzweck und die Kostüme hielten sich fern von jeder Auffälligkeit. Es war jene keure Einfachheit, die sich nur die ganz Reichen gestatten können. Die Damen unterhielten sich im Gespräch. Die Kleinen bewegten sich kaum. Der Rind lächelte stereotyp. Es hatte den Anschein, als ob die beiden ein ganz harmloses Gespräch führten. Aber es war nur Verstellung und Beherrschung. Die Damen waren Mutter und Tochter. „Das geht Dich gar nichts an“, sagte die Tochter, „was ich heute abend hingehe. Ich sage Dir und ich sage Vater, ich gehe zu Margot. Und das muß Dir genügen. Wenn Du mir nachspionieren willst oder gar Vater aufpassen willst, denn gibt es ja von Dir auch gewisse Dinge zu erzählen.“ — „Du vergißt, daß ich Deine Mutter bin.“ — „Bergeh' ich gar nicht. Aber ich will meine Freiheit so gut wie Du die Deine. Und ich kümmer mich nicht, wo Du hingehst und wen Du empfangst und erzähle es auch Vater nicht. Aber bestimme Du Dich dann auch nicht um meine Angelegenheiten.“ Wahrhaftig, sie lächelten noch immer, als ob sie sich Lebenswichtigkeiten zuflüsterter.

Ich sah in derselben Elektrischen ein kleines blaßes Mädchen, zehn, zwölfjährig, auf der hinteren Plattform am Ausgang stehen; in einem dünnen, kurzen Kleidchen und mit Holzspannen. Es war die Tochter der Schaffnerin. Die Schaffnerin gab den Fahrgästen die Karten; sie hatte viel zu tun, denn die Elektrische war überfüllt. Bevor der Wagen hielt, rief die Schaffnerin den Namen der Haltestelle, und an der Haltestelle stieg sie aus und ließ alsdann die Fahrgäste aussteigen. Wenn sie vor dem Aussteigen an dem kleinen blauen Mädchen vorüberging, dann fuhr dieses mit den Fingern hektisch über die harte Hand der Mutter und murmelte kaum hörbar: „Mutti.“ Und jedesmal, wenn dies geschah, bekamen die strengen Augen der Schaffnerin einen goldigen Glanz. Es war eine strenge, hartblickende Frau. Aber immer wieder flüsterte das Kind an den

Ihre politische Bedeutung neben den Beschlüssen der Zweiten Internationale und denen des Internationalen Gewerkschaftsbundes erhalten diese Erklärungen dadurch, daß sie auch die Unterschrift der französischen Sozialistenpartei tragen, während an der Konferenz der Zweiten Internationale nur die französischen Dissidenten beteiligt waren. Zu den Unterzeichnern gehören u. a. Longuet, Pressmans und Renaudel, außerdem Vertreter der englischen IWP. und der deutschen Unabhängigen.

## Die „Prawda“ über die Märzaktion.

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Rußlands, die „Prawda“, schreibt in ihrer Nummer vom 30. März unter dem Titel „Die deutsche Revolution“ folgendes:

Die Ereignisse in Deutschland werden mit jeder Stunde ernstlicher und ernstlicher. Die deutsche Arbeiterklasse eilt wirklich dem mühen und durch den Kampf erschöpften russischen Proletariat zu Hilfe. In dem Moment, wo die Weissen haben und die von ihnen betrogenen Wirröpfe bekräftigt sind, in Rußland noch größere Schwierigkeiten zu schaffen, stürzt sich das deutsche Proletariat in den Kampf, unter der Führung des Bündnisses mit Sowjetrußland unter der Führung der Kommunisten, um der Sowjetmacht zu helfen.

Die Fortn der Bewegung ist äußerst interessant und deutet auf den ganzen Ernst des Kampfes hin. Das ist eine Kombination von Streiks mit bewaffneten Aufständen, d. h. die höchste Form des Kampfes, die des Proletariat kennt.

Das Streben nach der Besetzung der Betriebe ist ein sehr wichtiges Symptom. Es zeigt klar, daß im Innern der Arbeiterklasse der Gedanke von der Notwendigkeit der Expropriation der Expropriateure vollkommen ausgereift ist.

Der Kampf für den Kommunismus ist ein hartnäckiger, schwerer und blutiger Kampf. Auf seinem Wege hat das deutsche Proletariat schon eine Reihe der schwersten Niederlagen erlitten, aber jetzt tritt es zum ersten Male auf mit einer kommunistischen Partei von einer halben Million Mann als Führerin im Kampfe.

Die internationale Bourgeoisie fürchtet schon bei dem Gedanken, daß in Europa sich alles „beruhigt“ hat und schaute mit Schadenfreude auf die Rot und Zerrüttung in Rußland, das sie so durch ihre Feldzüge aus allen vier Himmelsrichtungen erschöpft hatte. Aber die Bourgeoisie hat sich verrechnet. Der große Geist der kommunistischen Revolution lebt.

Was auch weiter kommen mag, wie auch die begonnene große Schlacht enden mag, eins ist klar: Die Bourgeoisie kann in dieser Welt nicht mehr leben. Denn so hat ihr Totengräber, das Proletariat, ihr Schicksal bestimmt.

Diese Ausführungen der „Prawda“ sind nach mancher Richtung hin außerordentlich interessant. Zunächst wird in ihnen ganz unverkümmert ausgesprochen — worin die große Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse übrigens keine Augenblicke gezweifelt hatte — daß der Putz in Mitteldeutschland als befohlene Hilfeleistung für Rußland von Kossau aus diktiert wurde. Die „Prawda“ gibt sich sogar alle Mühe, den zeitlichen Zusammenhang des deutschen Putzes mit der Bedrohung Sowjetrußlands zu unterstreichen („in dem Moment“ usw.).

Wie weit sich der russische Sozialismus vom Marxismus entfernt hat, beweist die neuestens von der „Prawda“ vertretene Theorie, daß die höchst sinnlose Kombination von Streik mit bewaffneten Aufständen als „höchste Form“ des proletarischen Befreiungskampfes anzusehen sei, ferner, daß die Expropriation der Expropriateure am besten durch die Besetzung der Betriebe gewährleistet sei. Wenn die „Prawda“ schließlich von den schwersten Niederlagen spricht, die das deutsche Proletariat bisher erlitten habe, so weiß dieses, bei wem es sich für diese Niederlagen zu bedanken hat.

## Nachspiel zum Kaffeler Kommunistenprozess.

Kassel, 9. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts.“) Am Freitag fanden vor dem Sondergericht beim Reichsbahngruppenkommando II in Kassel zwei Verhandlungen, Anschlußprozesse zu

haltenden „Mutti“ und fuhr mit den Fingern über die raube Hand, und die Mutter vergaß trotz aller Arbeit nie, die Hand direkt neben der Kleinen auf die Tischkante zu legen.

Dann stieg sie wieder ein, ließ den Wagen abfahren, ging am dem alten Behrer vorbei, der so viel Behrliches zu erzählen wußte über den Einfluß des Elternhauses und die Streikigkeiten in den Häusern der kleinen Leute, vorbei an den vornehmen Damen, die sich noch immer in vollkommener Beherrschung herumstritten, und teilte welcher Karten aus.

Ein Revolutionsgefährte Richard Wagner. Zu den marxistischen Persönlichkeiten unter den Männern des Jahres 1848 gehört Friedrich Hermann Semmig, der in der Verbannung als Lehrer an einer höheren französischen Schule wirkte und nach seiner Rückkehr in die Heimat als Darsteller französischer Kultur und Literatur sowie als Freund der Frauenbewegung bedeutendes leistete. Um die Persönlichkeit dieses aufrechten Mannes zeichnet seine Tochter Jeanne Berna Semmig ein „Zeit- und Lebensbild“, das soeben unter dem Titel „Die Wege eines Deutschen“ bei der G. N. Beck'schen Verlagsbuchhandlung in München erschienen ist. In didaktisch belebter Erzählung werden wir hier von Ahnen und Elternhaus über die Schul- und Universitätsbildung bis zu dem Revolutionsjahr von 1848 geführt, das über das Schicksal des jungen Mannes entscheiden sollte, verfolgen dann sein Leben in der Verbannung, seine Heimkehr im Jahre 1870 und den Ausklang im geeinigten Deutschland. Semmig war bei den Kämpfen in Dresden 1849 eifrig beteiligt und wirkte hier mit Bakunin zusammen. Als alles gescheitert war, floh er mit diesem zusammen, und bei dieser Gelegenheit hatte er eine Begegnung mit dem berühmtesten unter den Volkspatrioten, mit Richard Wagner. Bei der Unklarheit, die über Wagners Schicksal in den entscheidenden Tagen noch immer herrscht, ist diese Stelle in der Lebensskizze Semmigs besonders interessant. „Hermann Semmig war von Bakunin fortgezogen worden, den er schon von Leipzig kannte“, heißt es da. „In Thüringen nahm ihn dieser in den Wagen, in dem Heubner saß, und zu ihnen gesellte sich plötzlich Richard Wagner, dessen Künstlerleben in eifriger Aufregung die Kampfzeit durchlebt hatte, so daß der innere Aufbruch sich zu einem Vanausbruch glühender Worte steigerte. Während die beiden anderen Insoffen den eigenen schweren Gedanken nachgingen, nahm Hermann Semmig als Unvergessliches diese elementare Offenbarung eines Menschen in sich auf, den das Gefühl einer notwendigen Weltumgestaltung aus freudlicher Begeisterung — und für immer — gerissen hatte. Da Freiberg trennten sich die Wege. Heubner ging nämlich schwerer Gefangenschaft entgegen; auch auf Bakunin wartete Kerkerhaft, aber nach ihrer neuen Befreiung politscher Verschwörung; für Richard Wagner begann das Ringen um eine Umgestaltung der Kunst, die manchem von der Kunst auch als Revolution galt und in der er Sieger blieb.“

Der neue Direktor der Staatsbibliothek. In der Preussischen Staatsbibliothek haben sich kürzlich der bisherige Generaldirektor Adolf von Harnack und der erste Direktor Paul Schwenke, die dem bekannten Vörsengesetz zufolge in Pension gehen, verabschiedet. Der neue Generaldirektor F. Rilkauf ist dann eingeführt worden und

den großen Kommunistenprozess im Februar 1920. Den Vorsitz in beiden Verhandlungen führte Landrichter Dr. Bähr, der im Februar als Beisitzer fungiert hatte. Die Abwesenheit des Schwarzweilbroten Staatsanwalts Dr. Meier fiel angenehm aus. Seinen Platz nimmt der Staatsanwaltskandidat Dr. Kammin ein, der als Anklageerzieher im Pfeffer-Prozess, wie erinnerlich sein dürfte, den Angeklagten so gut vertheidigte, daß seine Freipressung erfolgte.

Die erste Anklage richtete sich gegen den Kupferhändler Fritz Huitgeret aus Bielefeld, dessen Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Seidel (Frankfurt) übernommen hatte. Der Angeklagte wird des Vorgehens gegen die Verordnung vom 20. Mai 1920 beschuldigt. In den Akten des im ersten Prozess Angeklagten Schroer wurde der Name des Angeklagten in Verbindung mit Notizen über die Finanzierung des Nachrichtenwesens gefunden. Die Vernehmung des Angeklagten ergibt, daß er seit 1919 Mitglied der SPD ist und vor kurzem Bezirksvorsitzender der SPD in Bielefeld war. Er erklärte, Gegner jeglicher anreisenden Gewaltakte zu sein. Er gibt zu, den Versuch zur Organisation eines Nachrichtenwesens unternommen zu haben, weil dies seiner Ansicht nach durch die Erfahrungen des Kapp-Putsch notwendig geworden sei. Für seine Reisen habe er zweimal Geld bekommen, einmal 1000 M., ein anderes mal 200 M. Der Angeklagte will immer des Glaubens gewesen sein, daß der Nachrichtenendienst nicht eine Parteieinrichtung, sondern das Werk einzelner Personen gewesen sei. Auch habe er von einer

### Kampforganisation innerhalb der SPD.

niemals etwas gehört. Der als Junge übernommene Schroer, der zurzeit seine viermonatige Gefängnisstrafe abbüßt, die er in dem großen Kommunistenprozess erhielt, bestreitet im allgemeinen die Angaben des Angeklagten, mit der er nur lose Verbindung gehabt haben will. Die dem Angeklagten gezahlten 1200 M. stammten aus Geldern, die ihm — dem Schroer — von der Militärpropagandazentrale der SPD zur Verfügung gestellt worden seien. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis, der Verteidiger machte geltend, daß dem Angeklagten nichts nachgewiesen sei, was auf eine Beteiligung in der angeblich „Legalen Organisation“ schließen lasse. Der Nachrichtendienst, der als eine legale Einrichtung der Partei gelten müsse, sei keineswegs strafbar. Er beantragte Freisprechung. Das Gericht sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Die zweite Anklage richtete sich gegen den 1892 geborenen Fabrikarbeiter Johann v. d. Heide, dessen Name in einer Liste des bereits abgeurteilten Klingmüller gefunden wurde. Außerdem hat man bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung einige Waffen mit Munition gefunden. Der Angeklagte, der niemals politisch organisiert war, will nicht wissen, wie sein Name in die betreffende Liste gekommen ist. Die bei ihm gefundenen Waffen habe er aus dem Felde gebracht, weil er ein großes „Waffenliebhaber“ sei, was auch durch die Zeugenaussagen bestätigt wird. Auch hier hielt der Staatsanwalt den Angeklagten für überführt und beantragte vier Monate Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Buch aus Essen plädierte auf Freisprechung; diesem Antrag gab das Gericht statt, indem es den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freisprach.

Einberufung des Reichstags? Der Abg. Ledebour richtet gestern an den Präsidenten des Reichstags, Genossen Abbe, im Namen des Fraktionsvorstandes der USPD, das Ersuchen, den Reichstag sobald wie möglich, jedenfalls aber vor dem 20. April, einzuberufen. Begründet wird diese Forderung mit der Bildung der außerordentlichen Gerichte, mit dem Scheitern der Londoner Konferenz sowie mit der Notwendigkeit, zu dem Wiederaufbauprogramm der Arbeiterinternationalen Stellung zu nehmen. Wie wir hören, dürfte eine Beantwortung des Schreibens in den nächsten Tagen nicht zu erwarten sein, da Genosse Abbe verreist ist und ihm der Brief nachgeschickt wurde.

Waffenfunde in einem Berliner Konsumverein. Heute früh wurden die Räumlichkeiten der Filiale des Konsumvereins im Haupt-Waldstr. 4/5 durch eine größere Zahl von Beamten der Schutzpolizei nach Waffen durchsucht. Dabei fand man im Kellerraum in einer Mischkiste 157 Handgranaten ohne Zünder, zwei Rauperpistolen und zwar eine lange und eine kurze, beide Modell 1908, mit sieben Patronen, einen Trommelrevolver mit fünf Patronen und eine Leuchtzylinder. Der Geschäftsführer Grohmann wurde, um die Aufführung des Fundes herbeizuführen, festgenommen. Die beschlagnahmten Waffen übergab man dem nächsten Polizeiamt.

Zeitungsverbot. Hamburg, 9. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts.“) Wegen aufreizender Angriffe auf den Staat, kommunistischer Genossen Henke ist das alldeutsche Heftblatt „Hamburger Worte“ verboten worden.

hat in einer fein abgemessenen Ansprache sein Programm entwickelt und jeden einzelnen des großen Beamtenskörpers begrüßt. Er geht der Ruf eines äußerst umsichtigen und energiegelassen Bibliothekars voraus, und was er über Bibliotheken in der „Kultur der Gegenwart“ beigezeichnet hat, ist das Beste, was es über dieses Thema gibt. Er will — so kündigte er an — mit allen Kräften die Benutzung der Bibliothek erweitern und vertiefen und sie zu einer öffentlichen Anlegenheit ersten Ranges machen.

Das ist ein hohes Ziel, und der Weg dahin nicht einfach. Denn der Klagen über das Inkraft sind nicht wenige, und an dem Erbe aus der wilhelminischen Zeit, vor allem an dem verumflachten Bau und seinen vielgepriesenen, aber wenig brauchbaren technischen Einrichtungen, wird die neue Direction schwer zu tragen haben. Aber solche Widerstände sind da, um überwunden zu werden, und wir begrüßen es, wenn die neue Zeit auch hier einen neuen Geist als Bundesgenossen finden sollte.

Sowohl den Scheidenden als dem neuen Leiter werden von ihren Fachgenossen inhaltreiche Schriften über das Bibliothekwesen gemeldet.

Fortschritt in der Maschinentechnik. Es berührt eigenartig, daß ausgerechnet in einer Zeit, die so häufig die Schlagwörter Enttäuschung, Abwärtung, Pessimismus usw. im Munde führt, in dem Vereinigten Staaten eine neue Wundwaffe konstruiert worden ist, die unter Umständen im Umgang der Nationen miteinander von unabsehbarer Bedeutung werden könnte. Es handelt sich bei der neuen Erfindung um eine Art Maschinengewehr, das an Größe das Format einer mittleren Pistole nicht übertrifft. Die Hülfskammer, eine bekannte Wundwaffe in New York, nennt das „Submachine Gun“ die wirksamste aller bestehenden tragbaren Feuerwaffen und bezeichnet es — neben seinem militärischen Wert — als die ideale Waffe für den Schutz von Banken, Postanstalten, Industriellen Anlagen, Eisenbahnen, Gütschiffen usw. Das Gewehr stellt die Kombination eines Maschinengewehrs und einer halb automatischen Schalterkammer in der Form einer länglichen Pistole dar. Das Miniaturmaschinengewehr feuert vollständig automatisch etwa 1500 Schüsse in der Minute oder, wenn man es wünscht, einen Schuß bei jedem Zug am Drücker. Das Gewehr, das stets gebrauchsfertig ist und bequem unter dem Rock getragen werden kann, ist in seiner Konstruktion und Anwendung so einfach, daß jedermann es augenblicklich mit der Wirkung eines geübten Maschinengewehrbesitzer feuern kann.

Erstaufführungen der Woche. Deutsches Kammertheater: „Arzt“ — Theater: „Die Marquise von Arcis“ — Volk. Volkstheater: „Von Werners bis Wittern“ — Sonnabend, Neues Volkstheater: „Rote Dorn“ — Reichstheater: „Im Café Robelle“ — Uranio-Vorträge Sonntag, Donnerstags Emma Kollmann: „Im Schwarzwald“ — Sonnabend: „Festung am Rader“. Freitag, Freitag, Freitag: „Schuß gegen Emden“ und „Diebstahl“. Deutscher D. Großer: „Hinter den Kulissen des Fernsprecher“. Mittwoch spricht: „Bilderbuch und deutsche Siedlung“.

Friedrich Rock ließ heute, abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Reichlichen Hochschule, Palmenstr. 28, Reden von Balga.

# Die Aburteilung der Putschverbrecher.

Hagen, 9. April. (WZB.) Die „Hagener Zeitung“ meldet: Vor dem hiesigen außerordentlichen Gericht zur Aburteilung der beim kommunistischen Putsch im hiesigen Gerichtsbezirk verübten Verbrechen und Vergehen wurde gestern in öffentlicher Verhandlung das Urteil über 9 Angeklagte gefällt. Das Gericht erkannte bei 2 Angeklagten auf 4 Jahre Zuchthaus, bei 1 Angeklagten auf 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus, gegen weitere auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten auf 2 Jahre Gefängnis. Bei einem Angeklagten auf 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus, gegen einen weiteren auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten auf 2 Jahre Gefängnis.

# Um die weltliche Schule.

Amn, 9. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Köln steht die Einführung der weltlichen Schule im hartem Kampfe um deren Einführung. Natürlich will das Zentrum mit seinen kirchlichen Vereinigungen die Errichtung dieser Schulen verhindern. Der Kölner städtische Schulbeirat ist hierbei ein großer Helfer, da er die Vorbereitungen für die Errichtung einer weltlichen Schule systematisch vernachlässigt und den Eltern bei der Anmeldung ihrer Kinder allerlei bürokratische Schwierigkeiten bereitet. Die Erregung über die schändliche Behandlung dieser Frage ist in den Anhängerkreisen der freien Schule so stark geworden, daß in vielen Bezirken der Stadt für den Schulbeginn nach den Osterferien der Schulstreik beschlossen wurde. Das veranlaßte die sozialdemokratische Fraktion des Kölner Stadtrats, den Oberbürgermeister wegen der Angelegenheit zu interpellieren und den Antrag zu stellen, der Oberbürgermeister möge an die Regierung herantreten, damit die Errichtung einer weltlichen Schule am 1. Mai durchgeführt werde. Nach einer zweifelhafte, oft fürstlichen Debatte wurde der Antrag der Sozialdemokraten mit 48 Stimmen der gesamten sozialistischen Linken und einiger Demokraten gegen 41 Stimmen des Zentrums und des kirchlichen Teils der Rechtsparteien angenommen. Ein Zusatzantrag der Kommunisten, in der Zeit vom 13. April bis 1. Mai die schulfreie Zeit der Kinder der weltlichen Schule durch Wanderungen mit anschließendem Unterricht im Freien auszufüllen, wurde von den bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der gesamten Linken abgelehnt.

# Renferungen Le Ronds.

Paris, 9. April. (G.) General Le Rond ist in Paris eingetroffen, wo er eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten hatte. Einem Pressevertreter teilte er mit, er glaube nicht daran, daß von deutscher Seite nach der Veröffentlichung der Note der Vorkommissionen Unruhen zu befürchten wären. Die französischen Truppen haben alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um das zu verhindern, was aber nicht ausschließt, daß kleinere Zwischenfälle möglich sind. Die Entscheidung der Alliierten werde nicht sobald getroffen werden können, da man das Abstimmungsresultat von 400 Gemeinden genau prüfen müsse. Vor dem 21. April wird ein offizielles und endgültiges Ergebnis nicht veröffentlicht werden und erst dann wird die Interalliierte Kommission ihre Entscheidung treffen. Ueber die Absicht dieser Kommission teilte er mit, daß sie sich nur an den Versäher Vertrag halten werde. Der „Petit Parisien“ schreibt aus dem Ergebnis bisher, daß das ganze Industriegebiet an Polen fallen müsse, das auch bereit sei, sichere Garantien für die deutschen Sprachinseln zu geben. Es wird auch darauf hingewiesen, daß Transpässe an Rumänien übertragen wurde, obgleich dort große magyarische Gebiete seien.

# Polnische Millionen.

Warschau, 9. April. (U.) „Kiepskopolka“ meldet, daß der Ministerfolgende Millionen in der oberstehenden Frage zu entenden beschließen hat: Nach Paris Korsony und den ehemaligen Handelsminister Dschawski, nach London Sigmund Jazgawski und die Abgeordneten Brun und Agner; nach Rom Dr. Sacceg, Dr. Lieberman und Binizbiwicz von der PPS!

London, 8. April. (WZB.) Das Kriegsamt erklärt die Nachricht, wonach bei Opatow ein englischer Oberst bei einem Automobilunfall den Tod gefunden habe, für unrichtig. Es handele sich um drei französische Privatleute, von denen einer getötet und zwei schwer verletzt wurden.

# Der apostolische Karl.

Wien, 9. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach dem päpstlichen „Ofiziante Romano“ hat der Fürstbischof von Wien, Kardinal Piff, bereits am Tage der Ankunft Karls in Ungarn dem päpstlichen Nuntius in Wien Mitteilung davon gemacht — der Regierung aber seine Wissenschaft verschwiegen!

Die „Arbeiterzeitung“ erklärt zuverläßig, daß Karl auf der Hinreise nach Ungarn von mehreren französischen Offizieren begleitet war.

# Schwarzer Dämon.

Nach einer Berner Meldung der „Träger Presse“ hat der Schweizer Bundesrat einen Einspruch der tschechischen Regierung gegen weitere Aufenthaltbewilligung für Karl Habsburg in der Schweiz mit der Begründung abgewiesen, daß auch der jetzige Serbentönig Peter nach seiner Vertreibung aus Serbien sehr lange das Schweizer Asyl genossen habe.

Bern, 9. April. (WZB.) Der Bundesrat hat Eglaiser Karl wissen lassen, es sei unwahrscheinlich, wenn er seinen Wohnsitz außerhalb der Schweiz nehme. Der Aufenthalt in der Schweiz ist daher nur vorübergehend.

# Wirtschaft

Lebensmittellieferung in England. Angesichts der Aufhebung der finanziellen Kontrolle der Bergwerke und des Kohlenhandels durch die Regierung ist es interessant, die Preise für Lebensmittel vor und nach Aufhebung der für diese gültigen, während des Krieges eingeführten Preiskontrollen zu vergleichen. Es betragen nach der A. B. kontrollierte Preise Preise im freien Handel

Butter:	2 Schilling 8 Pence	3 Schilling 8 Pence per Pfund bis 5 Schilling
Kaffee:	1 6	2 Schilling 3 Pence
Speck:	2 11	2 8 Schilling 6 Pence p. engl. Zit.
Zee:	2 8	11 per Pfund

Nach diese Zahlen sind ein Beweis für den „Segen“ des freien Handels.

Die Ueberschüsse der amerikanischen Produktion. Der Präsident des größten Exporttruffs in den Vereinigten Staaten teilte über die Ueberschüsse der amerikanischen Produktion folgende Daten mit: Nach der Befriedigung des inländischen Bedarfs bleiben noch folgende Mengen zum Export übrig: 2 Millionen Ballen Baumwolle, 300 Millionen Bushels Getreide, Halbfabrikate im Werte von 750 Millionen Dollar, Fertigfabrikate im Werte von 250 Millionen Dollar.

# Groß-Berlin

## Die Wiedergesundung der Straßenbahn. Neue Beschlüsse der Verkehrsdeputation.

Die städtische Verkehrsdeputation hat in der gestrigen Sitzung die Entwürfe zu sämtlichen Haushaltsplänen des Verkehrs, der Straßen und Schifffahrt und des Stadtparks im neuen Berlin beraten und verabschiedet. Die größte Bedeutung kommt dem Vorschlag für die Berliner Straßenbahn zu, in dem alle städtischen Straßenbahnen der neuen Stadtgemeinde vereinigt sind und der mit 718,7 Millionen ein abschließt. Während noch das Vorjahr einen Zuschuß von 60 Millionen erforderte, soll die Straßenbahn im neuen Rechnungsjahr ohne Zuschuß arbeiten; es sind unter den heutigen Verhältnissen auch trotz der Tarifserhöhung auf 1 Mark keine Ueberschüsse zu erwarten.

Der Straßenbahnhaltungsplan umfaßt alle unter der Bezeichnung „Berliner Straßenbahn“ zusammengefaßten Bahnen; er berücksichtigt auch schon die Teilmeter Kreisbahnen und die von diesen betriebene Straßenbahn der Gemeinde Steglitz, deren Uebernahme zu Beginn des Rechnungsjahres zu erwarten ist. Die Einnahme des Straßenbahnhaltungsplans, von dem 534,8 Millionen allein auf die Verkehrsdeputation und 3,7 Millionen auf die Einnahme der neuen Reklame entfallen, reichen nur zu, um die laufenden Betriebsausgaben zu decken, so daß die als Kriegsschäden anzusehenden bitter notwendigen Erneuerungsarbeiten ebenso wie Neubauten aus Ueberschüssen bestritten werden müssen. Hierfür sind 120 Millionen in den Haushaltsplan eingestellt. Wie der Vorsitzende, Stadtbaurat Dr.-Ing. Adler, ausführte, müssen die

### 120 Millionen für Erneuerungsarbeiten

unbedingt beschafft werden, entweder von der Stadt oder von privater Seite. Wenn es nicht gelingen sollte, die Bahn durch Erneuerung des Betriebsmaterials aufrechtzuerhalten, müßten sofort 1200 Anstellte entlassen werden. Gleise und Weichen würden betriebsgefährlich werden; auf verschiedenen Strecken müßte die Fahrgeschwindigkeit herabgesetzt und der Verkehr in absehbarer Zeit gänzlich eingestellt werden. Infolge des Verkehrsrückgangs durch den 1-Mark-Tarif seien schon jetzt 10 Linien stillgelegt und wirtschaftlich geworden. So habe sich z. B. am Tage der Befreiung des Kommuniften Süll, an dem der Betrieb dieser 10 Linien eingestellt worden sei, gezeigt, daß trotzdem die Verkehrseinnahme nicht zurückgegangen sei. Die Einstellung dieser Linien würde eine Ersparnis von 1000 Mann und von 16 Millionen jährlich bedeuten. Durch weitere Beschaffung der Beiwagen und Streckung der Fahrtabstände könnten weitere 1000 Mann und 16 Millionen erspart werden. Durch die von den Stadtverordneten bereits beschlossene Veränderung des Lohnvertrages und die Befreiung des übermäßigen Urlaubs usw. könnten noch 30 Millionen eingespart werden. Das Unternehmen müsse wirtschaftlich gestaltet werden oder es ginge zugrunde.

Von sozialistischer Seite wurden gegen die angeführten Massenerlassungen die schwersten Bedenken erhoben und die Forderung gestellt, den Verwaltungsapparat zu vereinfachen. Wenn der Verkehrsbaaurat Dr. Adler die Besserung des Betriebes allein auf Kosten der Arbeiterschaft erreichen wollte, müßte das Vertrauen, das die Arbeiterschaft zu ihm noch habe, verschwinden. Ferner wurde betont, daß die Wirtschaftlichkeit nicht allein auf Kosten der Angestellten erzielt werden dürfe, man dürfe auf der anderen Seite auch nicht vor einer weiteren Tarifserhöhung zurückweichen. Nach mehrstündiger Aussprache, in der es gelang, einen Teil der von linker Seite erhobenen Bedenken zu zerstreuen, schloß sich die Verkehrsdeputation mit großer Mehrheit den Anträgen der Verwaltung an, wonach

### alle unwirtschaftlichen Linien eingestellt

werden sollen. Ferner soll der Magistrat ersucht werden, die bisher den Gemeinden zugeführte Ausgabe von 33 Millionen, die jetzt der Kammerverwaltung zusteht, der Straßenbahn zu stunden. Auch der Reichsfiskus soll dringend ersucht werden, die den Straßenbahnverkehr schwer belastende Verkehrssteuer, die in den neuen Haushalt mit 32,5 Millionen eingestellt ist, der Straßenbahn bis auf weiteres zu stunden. Schließlich soll der Lichtsundentag voll durchgeführt werden, wovon eine Ersparnis von 5 Millionen erwartet wird. Mit diesen Entschlüssen würde dem Entwurf des Haushaltsplanes zugestimmt.

### Schutz- und Trug-Rowdys.

In echt germanischer Weise macht kürzlich wieder der rühmlichst bekannte Deutschpöhlische Schutz- und Trugbund in Köpenick von sich reden. Er hielt, wie uns von dort geschrieben wird, in der Körner-Schule eine öffentliche Versammlung ab, wobei an Stelle eines nicht erschienenen Redners, der über „Juda und das Christentum“ referieren sollte, ein Herr über die Judenfrage in Deutschland sprach, indem er an Hand von Gerichtsakten, deutsch-nationalen Flugchriften und „Romanen“ bewies, daß die Juden den Untergang Deutschlands herbeiführen. Unterstützt wurde er dabei von ungefähr 20-30 im Saal postierten, mit Säcken und Reitpfeifen bewaffneten jungen Burschen, die jeden Juden „tot-schlagen“ (vor Gericht zu beerdigen) wollten. Als ein Herr, der durch sprachliche Zwischenrufe seiner degreifflichen Erregung über diese erbärmliche Kampfesweise Lust gemacht hatte, einen von diesen Herrschen wegen der von ihm gegen Minister Haenisch gebrauchten schimpflichen Schimpfwörter um Namen und Adresse bat, triff dieser Patron. Dafür wurden aber der Herr und die ihn begleitende Dame vor der Tür des Saales in einer Weise behandelt, die für die echt christliche Bestimmung dieses pöhlischen Trugbundes Bände spricht. Nachdem verschiedene Herren, die sich im Saal als Gegner dieser jämmerlichen Menschenverehrung und Germanenüberhebung gezeigt hätten, gehörig beschimpft worden waren (Ausebrüche wie Laufschüngen, Dösten, Innchen usw. sind Proben davon), gingen die tapferen Germanen fählig vor und hielten es sogar mit ihrer Germanenehre vereinbar, auf eine Dame loszuschlagen. Um die Täter feststellen zu lassen, wurde von einigen Herren eine Patrouille der Schutzpolizei herbeigerufen, bei deren Erscheinen die Herren jedoch das Weite suchten. — Es wäre doch wahrhaftig angebracht, auf das Treiben dieses Bundes ein wachsames Auge zu haben.

### Kommunisten, wählt bürgerlich!

Vom Bezirksamt 5 sind bisher nur der Bürgermeister Wielig (USP) und sein Stellvertreter Bräuner (SPD.) bestätigt und eingeführt. Gestern fand die Neuwahl an Stelle der nichtbestätigten Stadträte statt. Hierbei wurden die Unabhängigen Kolln und Klobi sowie unser Genosse Mann wiedergewählt. In der Vorbereitungszeit hatten die Unabhängigen der bürgerlichen Fraktion einen Stadtrat zugelassen und diese hatten Dr. Gilmann vorgeschlagen, die Unabhängigen präsentierten aber einen anderen bürgerlichen Kandidaten, Dr. Sinn. In der Stichwahl siegte Dr. Gilmann. Den von den Kommunisten vorgeschlagenen Kandidaten Oltmann lehnten die Unabhängigen ab, sie präsentierten dafür den bürgerlichen Baurat Boniatowski. Dieser erhielt 25 Stimmen, während auf den seitberigen Gemeindevorsteher von Strauß, unsern Genossen Böhmig, 25 Stimmen fielen; Oltmann erhielt nur die 9 Stimmen seiner Fraktionsgenossen. Dieses Ergebnis läßt bei den Unabhängigen große Entrüstung aus. Böhmig hat sich zwar als Gemeindevorsteher vorzüglich bewährt, aber gerade deshalb das Mißfallen der Kommunisten und der ihnen nahestehenden Unabhängigen erregt, die seine Wahl mit allen Mitteln hinterreiben wollten.

Wie stark der jeder sachlichen Begründung entbehrende Haß gegen Böhmig ist, zeigte das Ergebnis der Stichwahl. Die Kommunisten hatten bei allen Wahlen, gesinnungsgelübt wie sie sind, kommunistische Zettel abgegeben. In der Stichwahl zwischen dem Sozialisten und dem bürgerlichen Kandidaten gaben die Kommunisten den Ausschlag zugunsten des Bürgerlichen, der mit 31 gegen 28 Stimmen gewählt wurde.

Ob nun wohl die Moskauer ein Regierungsgesandten die sechs Länder veranlassen werden? Wir hoffen, daß sie Absolution finden; ihr Streich richtete sich ja gegen einen Sozialdemokraten. — Ueber den gegen die Wahl der sechs unbefolgten Stadträte gelegten Protest hat der Oberpräsident noch nicht entschieden.

Zwei taubstumme Stoffkiste wurden gestern durch die Aufmerksamkeit eines Schneidemeisters unschädlich gemacht. In den Händen von Schneidemeistern erschienen in der letzten Zeit zwei Männer, von denen der eine durch Zeichen und schriftliche Notizen zu verstehen gab, daß er in kürzester Frist, meistens noch an demselben Tage, einen Anzug gemacht haben möchte. Während dieser Zeit mit dem Meister unterhält, so gut es ging, sah sich der andere bereits die Stoffe an, die auf dem Boden des Ladens ausgelegt waren. Das Ende war stets, daß der Meister erklärte, in so kurzer Frist nicht liefern zu können. Der Besteller bedauerte dann, gezwungen zu sein, sich einen fertigen Anzug zu kaufen und belde empfahlen sich. Nachträglich ergab sich freilich, daß der, der sich die Stoffe angesehen hatte, entweder ein ganzes Stück oder einen größeren Rest heimlich in seine Manteltasche gesteckt und mitgenommen hatte. Anzeigen bei der Kriminalpolizei ergaben, daß die beiden Taubstummen diesen Diebstahl plan- und gemessentlich betrieben. Gestern war ein Schneidemeister in der Gerolmsstraße in Charlottenburg so vorsichtig, gleich nach dem Weggehen der beiden Kunden seine Stoffe nachzusehen. Auch er entdeckte, daß ein Stück fehlte, setzte den Dieben nach und ließ sie festnehmen. Bei der Kriminalpolizei entpuppten sie sich als ein Schneider Gustav Arndt aus Stralow-Rummelsburg und ein Schneider Wolf Nisch aus Lichterberg. Beide sind gefänglich die Stoffe gestohlen und stets gleich verkauft zu haben.

Massenpost aus Geschäften, Bureaus usw. läßt man nicht so in die Briefkästen, daß sie oben herausquillt und gestohlen werden kann. Man gebe sie auf dem Postamt auf!

Die Dreifach für Sowjetrußland, die Ukraine, die Republik Aserbeidschan und die russische Republik des fernem Ostens wird von jetzt an nicht mehr über Norwegen, sondern über Lettland geleitet, und zwar werden täglich Briefposten mit gewöhnlichen freigegebenen Briefsendungen abgefertigt.

Kindergruppe Roskolln. Sonntag, den 10. April 1921: Ausflug nach der Königshöhe. Treffpunkt 8 Uhr am Herdbergplatz. Kinder im Alter von 10-14 Jahren herzlich willkommen.

21. Gemeindefakultät Roskolln, Kollnstraße. Am Sonntag, abends 7 Uhr, öffentliche Elternversammlung in der Aula des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums, Kollnstraße 10/11. Da die Tagesordnung von sehr großer Bedeutung ist, muß jeder Gemeindefakultätmitglied und Angehöriger der Fakultät erscheinen. Die außerordentlichen Einladungen sind beigefügt, da sie als Ausweis dienen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zum Süll-Protest der UAPD.

In der Generalversammlung des ZB. am letzten Dienstag stellten die Kommunisten ganz zum Schluß, als von 500 Delegierten keine 150 mehr anwesend und diese auch schon im Ausbruch waren, folgenden Antrag:

Die Delegiertenversammlung des ZB. am 5. April 1921 protestiert auf das entschiedenste gegen die Erziehung des Führers der Berliner Elektrizitätsarbeiter Süll. Sie wendet sich auf das schärfste gegen den bekannten Schieber Süll und gegen die Ausnahmegerichte, die im Klassenkampf des Proletariats an exponierter Stelle stehende Arbeiter- und Angestelltenführer für vogelfrei erklärt. Sie verlangt vom ZB. und der UAP, daß sie Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, die Sicherheit für das Leben und die Gesundheit der proletarischen Führer zu schaffen.

Ich halte es immer für einen Standes, politische Streitfragen, zumal in so zugespitzter Form (vogelfrei usw.) in einem Augenblick durch Beschluß erledigen zu wollen, wo kein Mensch mehr hindert. Ohne also zu dem Antrag sachlich Stellung zu nehmen, bezweifelnd ich die Beschlussfähigkeit, um die Abstimmung an diesem Abend zu verhindern. Darob große Entrüstungsmache der Kommunisten in der Versammlung (unterstützt von einem Teil der Unabhängigen) und in der „Roten Fahne“, die dabei gleich noch einige andere Äußerungen ausstieß.

Wir ist es ganz gleichgültig, was kommunistisches Pack über mich denkt, sagt und schreibt. Da man aber damit haushieren geht, daß ich die Entschliebung Sülls gebilligt habe, so stelle ich fest, daß ich das niemals und an keiner Stelle getan habe. Ich habe mit meinem Urteil ausdrücklich juridisch gehalten, bis die Untersuchung abgeschlossen ist, und habe den Tod Sülls aus menschlichen und politischen Gründen bedauert. Ueber ich lehne es nach wie vor ab, von Hoch zu sprechen, solange nichts nach dieser Richtung erwiesen ist. Und ich spreche den Kommunisten das Recht zum Protest überhaupt ab, da sie ja gerade ununterbrochen offen zu Wort und Gewalttaten aufreizen und alle in auf ihr Haupt das in den letzten Wochen vergossene Blut, auch dasjenige Sülls, kommt. Franz Krüger.

### Niederlage der Dönmänner.

Das „Offenbacher Abendblatt“ vom 8. April berichtet: In Frankfurt a. M., der Heuburg Dönmänner, siegte bei der Wahl der Bezirksdelegierten des Metallarbeiterverbandes die Liste der Mehrheitssozialisten über die der Unabhängigen und Kommunisten. Unsere Liste erhielt durchschschnittlich 443 Stimmen, die unabhängige 306, die kommunistische 104. Somit ist die mehrheitssozialistische Mitgliedschaft allein schon fast so stark, wie die beiden anderen Richtungen zusammen.

Beiderverständlich, denn in Frankfurt hat Dönmänner persönlich — und wie! — begonnen, den „revolutionären Geist“ auszugießen.

### Gewinn-Auszug

17. Preuß.-Städ. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie  
4. Klasse 2. Ziehungstag 8. April 1921

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleichwertige Nummer in den beiden Verteilungen I und II

1. Gewinn	20 0000 M	140758
2. Gewinn	20 0000 M	19487 317671
3. Gewinn	20 0000 M	23185 1 8043
4. Gewinn	20 0000 M	32066 01676 00430 00814 01405 131122 143790
5. Gewinn	20 0000 M	7840 73612 04520 77038 04783 08405 06008
6. Gewinn	20 0000 M	127874 148009 183439 178887 204037 207708 232224

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen:

1. Gewinn	20 0000 M	177:41 178880 190521
2. Gewinn	20 0000 M	03380 01644 06030 178301 178763 200828 212805
3. Gewinn	20 0000 M	000 M 41818 00705 71785 76130 124700 130276 140274

140222 168:04 178233 041717 181616 208293

